

Entwicklungen & Trends 2014

»Gut leben« – Zur Neuausrichtung der ländlichen Regionalentwicklung

von Ulf Hahne

In der ländlichen Regionalentwicklung war das Jahr 2014 geprägt durch das Bemühen der Länder und ihrer ländlichen Regionen um die Ausrichtung auf die neue EU-Förderperiode. Es war das erwartete typische Zwischenjahr. Während die Erarbeitung der Programme und Regionalen Entwicklungskonzepte die Kräfte vieler Akteure in ländlichen Regionen band, läuft die Veränderung ländlicher Räume unvermindert weiter. Die Auseinandersetzungen um die Flächennutzung und die Aufrechterhaltung von Kultur und Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen spitzen sich zu. Wenig neue Antworten bieten dabei die aktuellen Modellversuche des Bundes zur ländlichen Regionalentwicklung. Schließlich gab es noch eine weitere Debatte von Bedeutung für die ländliche Regionalentwicklung: Die Frage der Wohnungsknappheit in den Städten als Pendant zur Entleerung ländlicher Siedlungen hat zur Infragestellung der Pendlerförderung geführt.

EU-Förderung ländlicher Räume

Eine erste Bilanz der Förderung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus der vergangenen EU-Finanzperiode 2007 bis 2013 liegt vor.¹ Danach verteilen sich die Ausgaben auf die damals gültigen drei thematischen Schwerpunktsachsen² in den EU-Staaten höchst unterschiedlich. Insbesondere die Achse 1, die im Wesentlichen agrarstrukturelle Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ermöglichte, hat unter den Mitgliedsländern sehr unterschiedliches Gewicht erhalten. Je stärker sie genutzt wurde, desto weniger Möglichkeiten gab es für umweltbezogene Maßnahmen (Achse 2) und für Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung der Wirtschaft (Achse 3). Verständlich, dass einige der jungen EU-Mitgliedstaaten auf Achse 1 ihren finanziellen Schwerpunkt legten, um ihren Agrarsektor zu modernisieren.

**Erste ELER-Bilanz
liegt vor**

Man könnte entsprechend annehmen, dass »reife« Volkswirtschaften eher den Schwerpunkt auf die anderen Achsen legen und Achse 1 deutlich zurückfahren würden. Tatsächlich machten die Umweltmaßnahmen (Achse 2) bei vielen Staaten mehr als die Hälfte der Mittel aus (EU-Durchschnitt: 45 Prozent). Einige »reife« Staaten aber haben in der vergangenen Periode deutliche Signale zur Verbesserung der Umweltbedingungen und zum Erhalt der Kulturlandschaft

in ländlichen Räumen gesetzt: An vorderster Stelle finden sich Irland (80 Prozent der ELER-Mittel), Großbritannien (75 Prozent), Österreich (74 Prozent) und Finnland (72 Prozent), Deutschland dagegen hat nur 50 Prozent der Mittel in diesem Bereich, dagegen 25 Prozent im Bereich der Achse 1 eingesetzt. Es wird Zeit, dass auch in der Zweiten Säule zugunsten von Umwelt und Landschaft umgesteuert wird! Selbst das Thünen-Institut fordert eine stärkere Ausrichtung der Agrarpolitik auf gesellschaftliche Ziele.³

Wie stets beim Start einer neuen EU-Förderperiode⁴ verzögert sich auch bei der Finanzperiode 2014 bis 2020 der Beginn. Viele Länder haben daher den Regionen schon frühzeitig signalisiert, dass mit einem Förderstart erst im Jahr 2015 zu rechnen ist. Die klar vorgegebene Zeitschiene hat es den Regionen aber ermöglicht, ihre jeweiligen Regionalen Entwicklungsstrategien noch besser zu qualifizieren und auf die erhöhten Anforderungen⁵ im Hinblick auf Zielformulierung und Aktionsprogramm einzugehen.

**Neues
Wettbewerbsverfahren
für LEADER-Regionen**

Die Auswahl der LEADER-Regionen für die neue Förderperiode erfolgt nach einem Wettbewerbsverfahren. Dabei müssen die Regionalen (Lokalen) Entwicklungskonzepte Mindestkriterien erfüllen, um überhaupt zum weiteren Verfahren zugelassen zu werden. Diese Mindestanforderungen beziehen sich meist auf formelle Vorgaben, dennoch haben immer wieder Regionen Schwierigkeiten, diese zu erfüllen. Das gilt insbesondere für eine geeignete Regionsabgrenzung, wo quantitative Vorgaben (Einwohnerzahl) einengen oder schon bestehende Regionen andere dazu zwingen, sich als »Restregionen« zusammenzuschließen, was nicht immer den tatsächlichen regionalen Bezügen entspricht. In manchen Regionen finden sich auch immer noch Versuche von Kommunen, im Entscheidungsgremium für die Lokale Aktionsgruppe Mehrheiten für die öffentliche Hand zu sichern, was einem zentralen Gedanken von LEADER widerspricht.

Mit den Qualitätskriterien schließlich werden die im Wettbewerb verbleibenden Regionen in ein Ranking gebracht. Da die Bewertung der Qualitäten nicht allein objektiv messbar ist, obliegt meist einer Jury die Aufgabe der Rangfolgenbildung. In manchen Ländern wird dieses Qualitätsranking genutzt, um über eine finanzielle Regelausstattung der Regionen hinaus Bonusmittel für besonders qualifizierte Entwicklungsstrategien verteilen zu können. Die Auswahlgremien selbst sind meist mit externen Mitwirkenden besetzt, manchmal greifen die Ministerien nicht einmal beratend ein, so dass tatsächlich von einer unabhängigen Jurierung gesprochen werden kann.

»Gut leben« – neue Formel für Deutschland

Was blieb von der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« in der neuen Legislaturperiode übrig, nachdem die Kommission in der vergangenen Legislaturperiode das Thema Wohlstand ohne Wachstum aufnahm und einen Versuch startete, den zentralen Wachstumsindikator, das Bruttoinlandsprodukt, in Frage zu stellen? Immerhin einen Anknüpfungspunkt verkündete die Bundeskanzlerin im Januar 2014 nach der Kabinettsklausur in Meseberg: Die Erarbeitung einer Regierungsstrategie »Gut leben – Lebensqualität in Deutschland«.

**Neue
Regierungsstrategie
zur Lebensqualität
in Deutschland**

Die Strategie soll darauf abzielen, beim Regierungshandeln die Werte und Ziele der einzelnen Bürgerinnen und Bürger stärker zu berücksichtigen. Dazu sollen diese Werte in einem breiten Bürgerdialog aufgenommen werden. Alle Ressorts sollen hierzu beitragen. Auf dieser Basis plant die Bundesregierung, ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln und damit den Indikatorenvorstoß der Enquete-Kommission weiterzutreiben. Es wird interessant sein, wie das »gute Leben« genau zu definieren ist – und welche Wertvorstellungen in einer ausdifferenzierten, vielfach heterogenen Gesellschaft mit sehr unterschiedlichen Lebensvorstellungen und sozial wie räumlich stark differenzierten Lebens- und Arbeitsbedingungen aufeinanderstoßen.

Das gute Leben auf dem Lande

Auch im Jahr 2014 wurden Umfragen zu Wohnwünschen und Lebenszufriedenheit in Deutschland durchgeführt. Danach gilt (wie schon seit einigen Jahren): eine Mehrheit der

Deutschen wünscht sich auf dem Lande zu leben.⁶ Das Allensbach-Institut fragte, wo die Menschen mehr vom Leben haben und kann auf einen Langfristvergleich zurückgreifen: Während 1956 noch 54 Prozent der Deutschen meinten, dass man in der Stadt mehr vom Leben habe, war die Meinung 1977 nahezu ausgeglichen (39 Prozent Stadt, 43 Prozent Land) – und 2014 ergab sich ein klares Übergewicht, dass die Menschen mehr vom Leben auf dem Lande haben, nur noch jeder Fünfte entscheidet sich hier für die Stadt (40 Prozent Land, 21 Prozent Stadt).⁷

Auch das glückliche Leben vermuten selbst die Großstadtbewohner eher auf dem Lande als in der Stadt. 23 Prozent der befragten Großstädter glauben, dass die Menschen auf dem Lande glücklicher sind, nur 13 Prozent dieser Gruppe sehen die Vorteile des Stadtlebens als überlegen an. Bei Mittel- und Kleinstadtbewohnern entschieden sich 38 Prozent für das Land, sechs Prozent für die Stadt, bei den Landbewohnern selbst waren 54 Prozent vom Glück auf dem Lande gegenüber drei Prozent für die Stadt (die übrigen: »Kein Unterschied« beziehungsweise »Kommt darauf an«).⁸

Die psychologische Distanz zwischen Stadt und Land nimmt zu. Die Zuschreibungen von Attributen zum Landleben bleiben dabei erstaunlich konstant (gute Luft, Ruhe, Nachbarschaftshilfe) und entsprechen in vielem eher Tourismusprospekten und Kinderbuchvorstellungen vom ländlichen Leben als der Realität. Aktuelle Wertkonflikte im Umgang mit Landschaften, ländlichem Erbe und ländlicher Kultur spielten dagegen in der Umfrage keine Rolle.

Es gibt zahllose Felder, in denen sich Werte einer pluralistischen Gesellschaft in ländlichen Regionen gegenüberstehen. Nimmt man nur einige der aktuellen Fragen, so lassen sich unter anderem folgende Wertdebatten entfalten:

- Teller-Tank-Problematik: Landnutzungskonflikte im Bereich der Zweckbestimmung landwirtschaftlicher Produktion;
- Wild-Wald-Konflikt: Klimagerechter Waldumbau erfordert andere Baumartenzusammensetzungen und damit Veränderungen im Wildtiermanagement einschließlich der Bejagungsstrategien;
- Schutz der Biodiversität versus ökonomische Effizienz, z. B. bei der Debatte um Schlaggrößen von Agrarflächen;
- Ausbau erneuerbarer Energien auch in Schutzgebieten;
- Hochwasserschutz durch Retentionsflächen versus technische Lösungen;
- Energiewende mit großen überregionalen Stromverbundleitungen versus Erhalt traditioneller Landschaftsbilder;
- Gleichwertigkeit der regionalen Lebensbedingungen versus Bündelung der Förderung in den erfolversprechendsten Regionen und Branchen.

Es dürfte interessant werden, wie diese Debatten von den Ministerien geführt werden und wie die Beteiligung durch ein geeignetes Werteraster strukturiert werden kann. In vielen Punkten geht es um konkrete Nutzungskonflikte, die nicht nur von Interessen geleitet sind, sondern grundlegende Fragen der Regionalentwicklung betreffen und von Interessenten geführt werden, die auf beiden Seiten hervorragend informiert sind. Nordrhein-Westfalen ist einen vorbildlichen ersten Schritt mit dem Dialog Landwirtschaft und Umwelt gegangen.⁹

Gleichwertigkeit – neues Staatsziel in der Bayerischen Verfassung

Als zweites Land nach Brandenburg hat Bayern die »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen« als Staatsziel in seiner Verfassung rechtskräftig seit dem 1. Januar 2014 verankert. Während das Ziel, »in allen Landesteilen gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten«, in der Brandenburger Verfassung im hinteren Teil als Ziel der Strukturförderung (Artikel 44) aufgeführt wird, hat Bayern das Prinzip an prominenter Stelle in Artikel 3 (Absatz 2, Satz 2) verankert: Der Staat »fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land«. Die Begründung stellt einen klaren räumlichen Ausgleichsauftrag an den Staat: »Der Staat muss allerdings nicht nur Mindestvoraussetzungen für die Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen sicherstellen, wie dies schon durch das Sozialstaatsprinzip geboten ist, sondern auch

Psychologische Distanz zwischen Stadt und Land nimmt zu

Verstärkte Wertedebatte auf dem Land

Räumlicher Ausgleichsauftrag an den Staat

dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Bayern in allen Landesteilen auch die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben. ›Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen‹ sind umfassend zu verstehen und beinhalten sämtliche Lebens- und Arbeitsbereiche, wie das Wohnen, die Bildung, die Freizeit, die Erholung, die Daseinsfürsorge, soziale und kulturelle Leistungen, sowie die berufliche Entwicklung des Einzelnen, egal ob als Arbeiter, Angestellter oder Selbständiger.«¹⁰

**Bayern setzt
deutlichen
Kontrapunkt**

Mitten in der Debatte, ob Ziele räumlicher Gerechtigkeit ausgedient hätten,¹¹ setzt Bayern damit einen deutlichen Gegenpunkt. Zur Konkretisierung hat der Landtag nun eine Enquete-Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern« eingesetzt¹² und dieser einen ganzen Fragenkatalog zur Beantwortung vorgelegt. Die Fragen reichen von allgemeinen Grundsätzen des Staatsziels über Fragen zur aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen bis zu sehr konkreten Fragen nach Aufrechterhaltung verschiedener Infrastrukturbereiche (Verkehr, Bildung, gesundheitliche Versorgung), nach Sicherung des Fachkräftebedarfs in ländlichen Räumen oder der Bedeutung der Energiewende als Strukturprogramm für die Entwicklung ländlicher Regionen.

Beantwortet werden soll auch die Frage, nach welchen Kriterien die wirtschaftliche Entwicklung einer Region beurteilt werden kann. Damit wird die Stabilität und Krisenfestigkeit der regionalen Wirtschaft in den Blick gerückt. Gleichzeitig schreibt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit eine Studie aus, welche die Stresstauglichkeit von Städten in Deutschland ergründen soll. Dabei geht es nicht nur um die Anpassungsfähigkeit bei Natur- und Atomkatastrophen, sondern analog des Stresstestes für Banken auch um die Widerstandsfähigkeit bzw. Anfälligkeit der lokalen Wirtschaft.¹³

Daseinsvorsorge und Modellvorhaben des Bundes

**Probleme der
Daseinsvorsorge
nehmen zu**

In dünn besiedelten und in finanzschwachen ländlichen Regionen nehmen die Probleme der Daseinsvorsorge zu: Die Tragfähigkeitsschwellen vieler Einrichtungen und Infrastrukturen sind unterschritten. In den traditionellen Bereichen der Daseinsvorsorge wird gekürzt, zusammengelegt und abgebaut; neue Basisinfrastrukturen kommen nicht voran (wie die Breitbandverkabelung). Umso wichtiger ist die Entwicklung innovativer Ideen, wie neue Lösungen und Arrangements getroffen werden können, welche die Lebensqualität in ländlichen Räumen aufrecht zu erhalten versuchen. Neben den Kürzungen und Zentralisierungen zeigen sich dabei regionsspezifisch sehr unterschiedliche Wege des neuen Zusammenwirkens von Staat, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Zum Entwickeln und Erproben neuer Wege tragen seit einigen Jahren verschiedene Modellvorhaben und Förderinstrumente bei. Beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ist das *Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge* angesiedelt, das 2014/15 seine Umsetzungsphase erreicht hat. Beim Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung gelangte das Modellvorhaben *LandZukunft* im Jahr 2014 zum Abschluss. Beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit lief – ebenfalls als Teil der *Initiative Ländliche Infrastruktur – der Wettbewerb Menschen und Erfolge*, der im Jahr 2014 Beiträge zum Kulturangebot als Teil der Daseinsvorsorge suchte. Dies sind nur drei Beispiele aus einer Fülle von Ansätzen, die in den verschiedenen Ressorts zurzeit durchgeführt werden.

**Suche nach
innovativen
Lösungsansätzen**

Die Suche nach innovativen Ansätzen bietet ländlichen Regionen zahlreiche Anregungen, das reicht von sehr spezifischen Projekten wie der Wiederbelebung der Dorfwirtschaft durch die Bewohner (*Ein Dorf wird Wirt – Altenau, Bayern*) über neue Regionalmarken (*Echt* in der Solling-Vogler-Region) bis hin zu Ansätzen in den typischen lokalen und regionalen Handlungsfeldern von Wohnen und Daseinsvorsorge, so z. B. Mehrgenerationenlösungen, Innenentwicklung, Brand- und Katastrophenschutz, Bildung, Mobilität und Kooperationen im Ehrenamt.

Vielfach allerdings fragt sich der Beobachter, ob die Modellprojekte nicht genau das fördern, was auch typische »Mainstream«-Programme hervorbringen. Da geht es im Projekt *LandZukunft* des Bundeslandwirtschaftsministeriums beispielsweise darum, innovative unternehmerische Projekte voranzubringen. Das ist gut, aber letztlich auch nichts anderes als was das

Programm ELER, die GAK oder speziell LEADER versuchen. Auch bei ihnen gibt es Möglichkeiten, unternehmerische Ansätze zu fördern; es ist geradezu der Charme ländlicher Regionalförderung, hier niedrigschwellig anzusetzen und auch kleine unternehmerische und gemeinschaftliche Initiativen zu motivieren und zu fördern. Natürlich erhalten Modellprojekte – zumindest temporär – mehr Aufmerksamkeit, manchmal sind auch die Förderkonditionen besser. Aber was gelingen müsste, wäre doch, die Modellregionen auf den Weg zu bringen, die Mainstreamprogramme besser einzusetzen und den Übergang von der Modellregion zur »normalen« Förderregion zu schaffen. Aber genau daran wird es haken: Als Modellregion ist man herausgehoben, ein wenig stolz und hat einen Ansporn etwas Besonderes zu unternehmen. Fällt man in den normalen Trott zurück, sinkt die Motivation der Akteure. Und auf Förderebene kommt nach den Modellprojekten häufig keine Fortsetzung.

So sind Modellversuche noch keine Politik, welche neue Regeln oder Fördermöglichkeiten für alle Regionen schafft. Zudem zeigt die Vielzahl der Versuche in unterschiedlichen Ministerien, dass hier von einer »Politik aus einem Guss« keine Rede sein kann. Hierzu mag die Umressortierung der Abteilungen Bauen, Stadt- und Raumentwicklung in der neuen Legislaturperiode beigetragen haben. Doch die Frage bleibt: Erbringen die Modellprojekte übertragbare Lösungen, die entweder in neue Regeln oder in neue Förderprogramme eingehen? Oder sind sie so lokal spezifisch ausgerichtet und verankert, dass sie andernorts gerade nicht nachgemacht werden können? Kann dann zumindest aus den Impulsen und dem Weg, wie die Projekte angegangen wurden, gelernt werden?

Vielleicht zeigt aber die vielfältige Ressortlandschaft auch auf, dass die Zeiten für eine bundeseinheitliche Steuerung in einer hoch differenzierten Gesellschaft verloren gegangen sind. Umso wichtiger wäre es, die Förderansätze synergetisch zusammenwirken zu lassen und kritische Evaluierungen folgen zu lassen, welche Einfluss auf die Mainstreamförderungen haben.

**Ausgerechnet
Modellprojekte werden
oft nicht fortgesetzt**

Lösungsansatz bürgerschaftliches Engagement – Tücken und Chancen

Zieht sich der Staat aus der Fläche und den schrumpfenden Regionen mit seinen Angeboten der Daseinsvorsorge zurück, soll die Bürgergesellschaft die Lücken auffüllen – so die vielfach vorgetragene Forderung nach einer stärkeren »Kultur der Mitverantwortung«.¹⁴ Viele Projekte setzen stark auf bürgerschaftliches Engagement. Doch verschiedenste Untersuchungen¹⁵ zeigen auf, dass das bürgerschaftliche Engagement keine Konstante ist, die dauerhaft instrumentalisiert werden kann. Als typische Grunddilemmata werden genannt:

- Temporäres Engagement ist leichter zu erreichen als kontinuierliche Aufgabenerfüllung; besondere Events oder Bauprojekte motivieren zum Engagement vieler.
- Nach dem Ereignis – typisches Beispiel: 1000 Jahr Feier des Ortes – erlahmt das Engagement wieder.
- Dauerhaftes Engagement ist einer Multioptionsgesellschaft auch in ländlichen Räumen schwierig.
- Viele Vereine haben Probleme, Nachwuchs zu finden.
- Viele Vereine haben Schwierigkeiten, Vorstandsposten neu zu besetzen. Die Vorstände sind überlastet und haben wenig Zeit, neue Aktivitäten zu erarbeiten. Zudem überaltern die Vorstände ebenfalls.
- Es fehlt hier an Personalmanagement – und Unterstützung, Ehrenamtler professionell und rechtssicher auszubilden.
- Es fehlt an direkter investiver Unterstützung gemeinschaftlicher wie privater Einzelinitiativen.

**Bürgerschaftliches
Engagement ist
keine Konstante**

Lösungen können nur an der Motivation der Menschen ansetzen. An die moralische Verantwortung zu appellieren, ist jedoch nicht ausreichend. Ehrenamtsausbildung¹⁶ und -börsen, Koordinatoren für ehrenamtliches Engagement sowie organisatorische wie finanzielle Unterstützung von Initiativen sind Grundforderungen, die zu stellen sind. Und letztlich müssen Staat und Kommunen für die Daseinsvorsorge eintreten, wo privates Engagement nicht zu erreichen ist oder mit der Aufgabenerfüllung überfordert ist.

Mietpreisbremse versus Pendlerförderung

Die Engpässe auf vielen städtischen Wohnungsmärkten in Deutschland haben in der jüngsten Zeit zu erheblichen Mietpreissteigerungen geführt. Zunehmend wird es für ärmere und finanzschwache Haushalte schwierig, angemessenen Wohnraum in den größeren Städten des Landes zu finden. Im Sommer hat die Bundesregierung einen Gesetzesvorschlag zur Begrenzung der Mietpreissteigerungen vorgelegt, der die Länder ermächtigen soll, per Verordnung Gebiete für eine Mietpreisbremse festzulegen. In Fachwelt und Öffentlichkeit ist eine Debatte über den Sinn dieses Instrumentes entbrannt.

**Mietpreisbremse –
ein sinnvolles
Instrument?**

Zunächst kann gefragt werden, ob das Instrument in die richtige Richtung wirkt. Hier ist die Frage, ob die gewählte Marge (Begrenzung des Mietpreisanstiegs bei Neuvermietung auf zehn Prozent) ausreicht, um den Verdrängungseffekt tatsächlich zu vermindern und auch auf den Mietspiegel (das ist der Vergleichsmaßstab, den manche Städte jetzt erst einführen müssen) dämpfend zu wirken. Mittelfristig stellt sich die Frage, welche Signale die Verschlechterung der Renditeaussichten auf Investoren und Bautätigkeit in den betroffenen Gebieten aussendet.

Aus Sicht ländlicher Räume könnte es interessant sein, die grundlegende Frage der räumlichen Verteilung zu stellen: Es ist noch nicht sehr lange her, dass die Städte in Deutschland über Auszehrung und Abwanderungen in das ländliche Umland jammerten. Jetzt hat sich die Situation umgedreht. Vor allem junge Menschen zieht es in der Wissensgesellschaft zunehmend in die Städte. Da kann man schon auf die Idee kommen, ob die Mietpreisbremse diesen Effekt nicht noch zusätzlich anheizt: Preiswerter Wohnraum ist attraktiv für viele, die bislang vielleicht noch gar nicht daran gedacht hatten, eine eigene Wohnung anzustreben. Zugleich führt die Wohnungsknappheit in den Kernstädten auch zu einem Wiedererstarken der suburbanen Räume, in welche diejenigen ziehen, die sich urbane Nähe und ländliches Wohnen mit großem Grundstück leisten können. Der ländliche Raum außerhalb der Speckgürtel entleert sich dagegen mehr und mehr. Die Landflucht entwertet die Immobilien und die Infrastruktur ländlicher Räume.

**Eine Frage
räumlicher Verteilung**

Zur Entlastung der Städte könnte man den alternativen Vorschlag machen, die Pendlerpauschale zu erhöhen¹⁷ und damit die Wegekosten des Pendelns zu verbilligen. Neben der Marktentlastung in den Städten würde zugleich erreicht, die Immobilienbestände im ländlichen Raum zu stabilisieren und die demografisch bedingte Schrumpfung zu vermindern. Möglicherweise könnte man so auch eine Aufblähung des Wohnungsbestandes in den Städten verhindern, denn der demografische Wandel macht mittelfristig auch vor den Städten nicht halt.

**Pendlerpauschale
erhöhen?**

Ganz anders argumentiert dagegen der Ökonom Thomas Straubhaar, der die Pendlerpauschale sozial für »zutiefst ungerecht« hält. Seine erste Begründung lautet, dass Bezieher geringer Einkommen weniger von der Steuer absetzen können als Bezieher höherer Einkommen (das stimmt). Und dann folgt eine Suada gegen den ländlichen Raum: Zudem führe diese Förderung des außerstädtischen Wohnens zu vermehrtem Verkehr und dessen externen Folgen wie Staus, Lärm und Umweltverschmutzung, »die Landbewohner verursachen, wenn sie mit dem Auto zur Arbeit in die Stadt fahren.«¹⁸ Umgekehrt bedeute das für die Landbewohner ja auch einen Verlust an Lebensqualität.

Gänzlich blendet Straubhaar aus, welche Leistungen ländliche Räume bieten, um die Städte lebensfähig zu halten. Dabei ist nicht nur in klassischer Nutzwertrechnung über die Ökosystemdienstleistungen durch die ländlichen Räume zu sprechen, sondern eben auch von kulturellen Werten sowie dem Existenzwert von Biodiversität und Landschaftsbild ländlicher Räume. Und wenn man schon ökonomisch argumentieren möchte, so ist doch in jedem Fall von krassem Marktversagen bei der räumlichen Allokation der Ressourcen zu sprechen. Von nachhaltigen Lösungen ist dabei insbesondere auch der Wohnungsmarkt weit entfernt – Knappheit in der Stadt steht günstigem Wohnraum auf dem Land entgegen.

**Städte brauchen
das Land –
auch kulturell**

Anmerkungen

- 1 EU-Commission: Let's talk about rural development money! Financial planning and implementation of rural development programmes in the 2007–13 programming period. EU Agricultural Economics Briefs No. 10. Brussels 2013.
- 2 Die vierte Achse war die methodische Achse LEADER.
- 3 F. Isermayer: Künftige Anforderungen an die Landwirtschaft ? Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik. Thünen Working Paper 30. Braunschweig 2014.
- 4 Vgl. zum verzögerten Start der Finanzperiode 2007 bis 2008 meinen Rückblick 2007: Abschied von strukturpolitischen Zielen? Uneinigkeit in der Politik für ländliche Räume wächst. In: Der kritische Agrarbericht 2008, S. 145 ff.
- 5 Vgl. U. Hahne: Verschärfte Anforderungen bei erhöhtem Bedarf. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 157 f.
- 6 Umfrage von TNS Infratest im Auftrag der Deutschen Bank vom Februar 2014 (<http://innovationen-querfeldein.de/deutsche-lieben-ihr-landleben/>).
- 7 T. Petersen: Die Sehnsucht der Stadtbewohner nach Ländlichkeit. Institut für Demoskopie Allensbach. Abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 2014.
- 8 Ebd.
- 9 Dialog Landwirtschaft und Umwelt beim Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen: Thesen zur Flächennutzung und Flächeninanspruchnahme Nordrhein-Westfalens im globalen Kontext, 17. Februar 2014.
- 10 Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Juli 2013 Az.: B II 2 – G 4/91, S. 2. Vgl. auch: Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern. Bayerischer Landtag Drucksache 16/15140, S. 6.
- 11 Hahne 2014 (siehe Anm. 5), S. 159 f.
- 12 Bayerischer Landtag Drucksache 17/2482 vom 1. Juli 2014.
- 13 Zum Thema Resilienz siehe U. Hahne: Regionale Resilienz. Eine neue Anforderung an die ländliche Entwicklung und die künftige Regionalpolitik der EU. In: Der kritische Agrarbericht 2013, S. 155–160. – H. Kegler: Resilienz. Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige und lernende Stadt. Berlin 2014. – U. Hahne (Hrsg.): Transformation der Gesellschaft für eine resiliente Stadt- und Regionalentwicklung. Ansatzpunkte und Handlungsperspektiven für die regionale Arena. Detmold 2014.
- 14 Siehe etwa den Ersten Engagementbericht für die Bundesregierung. Deutscher Bundestag Drucksache 17/10580.
- 15 T. Olk und T. Gensicke: Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. Halle 2013. – R. Rüschenhoff: Wie kommunale Engagementpolitik Vereinsentwicklung (be-)fordern kann. In: HAL-Mitteilungen. Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum. Heft 48, Oktober 2014, S. 2–9. – Zurzeit erarbeitet ein Team unter Mitwirkung des Verfassers mit Unterstützung der Robert Bosch-Stiftung eine Untersuchung zum bürgerschaftlichen Engagement in unterschiedlichen Siedlungstypen in Nordhessen.
- 16 Vgl. auch die Initiative der Robert Bosch Stiftung »Engagement braucht Leadership« (www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/33875.asp).
- 17 So z. B. Rainer Braun vom Forschungsinstitut Empirica im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. Juli 2014, S. 26.
- 18 T. Straubhaar im Interview mit DIE ZEIT vom 22. Mai 2014.



Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne
 Fachgebiet Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung
 Universität Kassel
 Fachbereich 06 (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung)
 Gottschalkstr. 22, 34127 Kassel
 E-Mail: hahne@uni-kassel.de